

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 04.05.2022
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 21:17 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

bis 20:13 Uhr.

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Johannes Weiß

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr Bernd Arnold

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Zeno Bouillon

Herr Helmuth Caesar

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele
Herr Markus Herrmann
Herr Markus Hofmann
Herr Helmut Ott
Herr Uwe Schubert
Herr Thomas Straub
Frau Anja Tamm
Herr Alexander Trautmann
Frau Franka Zaneke
Gast
Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Abwesend:

CDU
Frau Stadträtin Brigitte Weiß
Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Umbau und Erweiterung Feuerwehrhaus "Florian Innenstadt",
hier: Baubeschluss und Beauftragung Projektsteuerer
- 2** Photovoltaikoffensive Schwäbisch Gmünd (Maßnahme 7 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 3** Fußverkehrs-Check 2021 (Maßnahme 26 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 4** Elektromobilität/Ausbau Ladeinfrastruktur - Aktueller Stand in Schwäbisch Gmünd und im Ostalbkreis (Maßnahme 13 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
- 5** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Aufstellungsbeschluss
- 6** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 123 A "Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Entwurfsbeschluss
- 7** Scheuelbergschule Schwäbisch Gmünd Bargau
Generalsanierung
Baubeschluss
Bezug: Gemeinderats-Drucksache 071/2021
- 8** Bau der LWL-Heranführung an das Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“ Hussenhofen im Rahmen der Breitbandförderung in Schwäbisch Gmünd
- 9** Mozartschule Hussenhofen, Neugestaltung Außenanlagen
- 10** Errichtung eines Amphitheaters am Scheffold-Gymnasium
- 11** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 12** Bekanntgaben
- 13** Anfragen
 - 13.1** Sachstandsbericht VGW
 - 13.2** Rechnungen Breitbandausbau
 - 13.3** Umleitungsbeschilderung Waldstetter Torbrücke
 - 13.4** Ziersteine Grabenallee

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er setzt Tagesordnungspunkt 2 ab, dieser soll aufgrund der Verhinderung des Referenten in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Stadtrat Preiß/CDU versteht nicht, warum es die Initiative überhaupt brauche. Eine PV-Anlage amortisiere sich nach vier bis sechs Jahren. Jeder werde es daher machen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Thema ausführlich in der Sitzung am 25.05.2022 behandeln werde.

Ansonsten liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Umbau und Erweiterung Feuerwehrhaus "Florian Innenstadt",
hier: Baubeschluss und Beauftragung Projektsteuerer
Vorlage: 061/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und stellt den Zeitplan der einzelnen Bauabschnitte vor.

Herr Schubert präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Bürgermeister Mihm präsentiert den Testentwurf (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass der Standort der richtige sei. Die Stadt habe damals versäumt, den Weißen Ochsen zu erwerben. Der Zugang zur Feuerwehr sei eine deutliche Verbesserung. Die Standortfrage sei geklärt und unbestritten. Umstritten sei der Entwurf. Es sei schade, dass man mit diesem Entwurf in die Öffentlichkeit gegangen sei. Er regt einen Architektenwettbewerb an. Positiv sei das Flachdach, das von den Feuerwehrangehörigen genutzt werden könne. Auch das Parken von hinten sei positiv. Er erkundigt sich, wer für die Genehmigung zuständig sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Baugenehmigung das Regierungspräsidium erteile.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet, dass der Standort richtig sei. Man wisse nicht, wie viel Geld man zur Verfügung habe, daher seien die Teilschritte ein wichtiger Punkt. Nicht vergessen dürfe man einen sehr guten energetischen Standard, der zu den Klimaschutzziele hinzukomme. Es sei eine extrem sensible Situation im Hinblick auf die umliegenden Gebäude, hier müsse man eine sensible Antwort darauf finden. Beim Verkehr sei noch nicht geklärt, ob dies so funktioniere. Ob die Schließung der Parlerstraße das richtige sei, wisse er nicht und bittet nochmals um Überprüfung, wie man dies auch anders lösen könne. Man solle sich Zeit lassen und dringend einen Architektenwettbewerb durchführen. Es sei der Sinn eines Wettbewerbs,

unterschiedliche Ansatzpunkte zu bekommen. Auch bei den Dachformen müsse man prüfen, ob man es expressiv oder zurückhaltend gestalte. Diese Punkte könne man schlecht verbal diskutieren. Man habe schon Wettbewerbe an Stellen durchgeführt, die städtebaulich weniger von Bedeutung gewesen wären. Hier solle man nochmals einen Schritt machen. Man müsse verschiedene Varianten sehen und dann diskutieren, was das Beste für Schwäbisch Gmünd sei.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen, diese nehme man auf. Man solle den Zeitplan jedoch nicht aus den Augen verlieren.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich, dass die Forderung nach der Sanierung der Feuerwehr nun endlich erfüllt werde. Eventuell klappe es auch bis zum Jubiläum 2031, dass es ein neues Feuerwehrhaus gebe. Die Standortfrage sei geklärt. Die Verkehrsführung müsse man diskutieren und überlegen, ob man es näher an den Florian herbringe. Man habe noch etwas Zeit, es gehöre diskutiert. Im Gebäude selbst sei berücksichtigt, dass Mann und Frau getrennte Umkleideräume erhalten. Er sei von einem Architektenwettbewerb nicht überzeugt, da man einige neue Architekten im Hochbauamt habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies so aufnehme.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag. Man brauche ein neues Feuerwehrhaus. Die Gründe für die Beibehaltung des Standortes seien überzeugend und es sei ökologisches Gebot der Stunde, Vorhandenes zu sanieren. Es handle sich um eine ehrenamtliche Feuerwehr, daher hätten die Bedürfnisse der Feuerwehr hohes Gewicht. Man stimme auch überein, dass im Vordergrund die Funktionalität stehen müsse. Wenn die Funktionalität gegeben sei, dann sei dies ein gewichtiger Punkt. Vor dieser Funktionalität müssten ästhetische Gesichtspunkte zurücktreten. Die Halle sei sehr massiv, durch die Pavillon-Idee solle dies kaschiert werden. Wenn es keine Zeitverzögerungen gebe und man es intern nicht lösen könne, könne man einen Architektenwettbewerb machen. Er erkundigt sich, ob auch künftige Bedarfe berücksichtigt seien. Man solle die Statik so planen, dass auch Erweiterungen möglich seien. Er erkundigt sich, ob man statt der Spielfläche auf dem Dach auch eine PV-Anlage anbringen könne.

Herr Schubert antwortet, dass Puffer mit eingeplant worden sei. Auch bei der Sanierung des Altbaus hätte man noch Flächen zur Verfügung, die man mit einbeziehen könne.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man einen Projektsteuerer und eine EU-weite Ausschreibung benötige.

Bürgermeister Mihm betont ebenfalls die Wichtigkeit eines Projektsteuerers und verweist auf die notwendige EU-weite Ausschreibung.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Vorstellung. Dem Standort werde zugestimmt. Dem Beschlussantrag 1 werde zugestimmt, auch Projektsteuerer würden gebraucht werden. Sie hoffe, dass der Umbau im vorgesehenen Zeitplan auch realisiert werde. Der Garten auf dem Dach sei ihr Wunsch gewesen, sie findet es daher sehr positiv. Man müsse die Feuerwehrautos nicht verstecken. Den Verkehr solle man nochmals durchdenken. Der Entwurf sei in der Dis-

kussion unterschiedlich aufgenommen worden. Sie erkundigt sich, ob die abgeschnittene Straße zum Parken benötigt werde. Den Architektenwettbewerb sehe sie kritisch, da es oft auch schon schiefgegangen wäre. Sie dankt der Feuerwehr.

Herr Schubert bestätigt dies.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, wer mit dem Testentwurf getestet werden solle. Letztlich spiele dies aber keine Rolle. Die Fraktion habe in der Vergangenheit immer wieder die Standortfrage gestellt. Eine Verbindung von Alt- und Neubau sei problematisch. Die Optimierung sei nicht so gelungen wie bei einem Neubau. Herr Schubert habe jedoch dezidiert dargelegt, dass es die einzig sinnvolle Lösung für den Standort sei, daher müsse man schauen, dass man die Verbindung so gut wie möglich gestalte. Die architektonische Gestaltung ergebe sich aus der räumlichen Fläche, die zur Verfügung stehe. Ein Architektenwettbewerb stelle sich daher nicht. Die Feuerwehr warte schon viel zu lange auf die Weiterentwicklung. Man solle es so schnell wie möglich umsetzen und den Testentwurf daher in einen Entwurf übergehen lassen. Nicht so glücklich finde er die Umkleieräume. Diese Detailfragen könne man dann aber noch klären. Die Verkehrsentwicklung werde beeinträchtigt. Man müsse eine Lösung finden, die auch die Einsatzfahrten sicherstelle. Im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft gehe er davon aus, dass eine sinnvolle Lösung gefunden werden könne. Er sei zuversichtlich, dass man eine gelungene architektonische Lösung finden werde. Man werde daher dem Antrag 1 und 2 zustimmen. Die Projektsteuerung halte er dafür außerordentlich wichtig, damit auch der zeitliche Rahmen eingehalten werden könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Präsentation. Er sei dankbar für die Ausführungen zur Standortwahl. Er könne die Argumente nachvollziehen. Er hätte sich gewünscht, dass man sich mehr auf Standorte am Ortsrand eingelassen hätte. Man sei nicht die einzige Gemeinde in Deutschland, die über den Standort diskutiere. In vielen Gemeinden sei die Entscheidung gefällt worden, die Feuerwehr in Ortsrandlage zu verlegen. Ein Neubau beim Gaskessel sei günstiger. Er hätte sich mehr Information gewünscht hinsichtlich der Auseinandersetzung. Er sei gespannt auf den richtigen Entwurf. Er erkundigt sich, ob alle Anforderungen, die Schwäbisch Gmünd benötige, erfüllt werden würden.

Herr Schubert antwortet, dass die Soll-/Ist-Analyse gezeigt habe, dass die Fläche über den Testentwurf dargelegt werden könne. Man gelange ebenerdig in das Gebäude, die Höhenunterschiede könne man über eine Treppe überwinden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Stellungnahmen, die man aufnehmen werde. Man werde auf dem Weg weitergehen. Man müsse im Hinblick auf die Fahrzeughallen und den Verkehr optimieren. Vom Gemeinderat solle das Zeichen ausgehen. Man habe Konsens über den Standort und den Zeitplan und könne sich dann ans Werk machen.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass die Gestaltung der Fahrzeughalle und der Wettbewerb in der Diskussion aufgekommen sei. Die Verwaltung solle entsprechende Entwürfe vorlegen. Man habe bereits vor einem halben Jahr starten können, dort habe man es bereits angesprochen. Da die Baupreise steigen würden und man aktuell nicht kalkulieren könne, sei es besonders wichtig, dass man einen Projektsteuerer

habe. Die Planung müsse komplett stehen, bevor mit dem Projekt begonnen werde, da sonst Mehrkosten entstehen würden.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man monatelang intensiv gearbeitet habe. Der Testentwurf sei ein Raumprogramm. Man habe dies verifiziert, um zu zeigen, dass es an dem Standort funktioniere. Architektenwettbewerbe seien oft erfolgreich gewesen beispielsweise bei der Landgartenschau, dem Park am Sonnenhügel oder auch das Investorenauswahlverfahren in der Katharinenstraße. Es seien sehr gute Lösungen. Man benötige eine Bereitschaft, sich mit unterschiedlichen Varianten auseinanderzusetzen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 65
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Photovoltaikoffensive Schwäbisch Gmünd (Maßnahme 7 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
Vorlage: 037/2022

Protokoll:

Abgesetzt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Fußverkehrs-Check 2021 (Maßnahme 26 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
Vorlage: 069/2022

Protokoll:

Frau Zaneck führt in den Sachverhalt ein.

Herr Lentsch und Frau Tamm präsentieren den Fußverkehrscheck (siehe Anlage).

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen hätte sich konkretere Anhaltspunkte in Form von Beispielen aus anderen Städten gewünscht. Er regt an, diese in den Abschlussbericht aufzunehmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass es in Schwäbisch Gmünd eine besondere Situation sei, dass alle Verkehrsteilnehmer die gleichen Wege benutzen würden. Er

erkundigt sich, warum die Sofortmaßnahmen noch nicht sofort umgesetzt worden seien.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es ein Miteinander im Verkehr sei. Es gelte Tempo 50 in den Innenstädten, wenn man davon abweichen wolle, müsse man es gut begründen.

Frau Tamm ergänzt, dass man verschiedene Maßnahmen intern besprochen habe. In vielen Bereichen gebe es aber keine einfachen Lösungen, auch wenn diese zunächst einfach aussehen würden. Man werde die Bürger nochmals informieren und mitnehmen.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, wann man den Fußverkehrscheck auch in anderen Stadtteilen durchführe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man hierzu im Austausch sei. Wichtig sei, dass man die Maßnahmen auch umsetzen könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Elektromobilität/Ausbau Ladeinfrastruktur - Aktueller Stand in Schwäbisch Gmünd und im Ostalbkreis (Maßnahme 13 - Maßnahmenkatalog „Gmünd für morgen“)
Vorlage: 070/2022

Protokoll:

Frau Zaneck, Frau Iscan und Herr Ernst stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, wo der Strom herkommen würde. Wichtig sei das öffentliche Netz. Die Busse hätten weniger Reichweite, vor allem, wenn der Bus im Zweischichtbetrieb laufe. Sie erkundigt sich, inwieweit der Wasserstoffantrieb oder Hybridantrieb mitbedacht werde. Man rede über Ladestationen für Pkw oder Lkw. Sie erkundigt sich, ob es auch Ladestationen im größeren Sinne für E-Bikes sowie Standorte mit Überdachungen gebe.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen vermisst Schnellladestationen. Sie erkundigt sich, ob man mit PayPal zahlen könne und wie teuer das laden sei.

Frau Iscan antwortet, dass man energieoffen und nicht auf eine Alternative festgelegt sei, auch den Wasserstoff habe man im Blick.

Frau Tamm führt aus, dass eine Radabstellanlage geplant sei, auch Fahrradboxen seien berücksichtigt. Im Fehrle-Parkhaus würde man mit geringerer Ladeleistung la-

den, weil Autos dort länger stehen würden.

Herr Ernst antwortet, dass man mit dem Smartphone oder der Kreditkarte bezahlen könne. Die Schnellladestationen prüfe man.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass das günstigste Laden über die PV-Anlage erfolgen könne. Er erkundigt sich, inwiefern dies berücksichtigt sei. Es könne auch dazu führen, dass mehr PV-Anlagen gebaut werden würden. Er erkundigt sich ebenso, ob die Speicherung sowie die Abregulierung berücksichtigt sei.

Herr Ernst antwortet, dass man dies prüfen müsse.

Frau Zaneck ergänzt, dass man den Ausbau für die Stadt abrufen könne. Die private Perspektive sei vorhanden, diese sei veraltet. Daher brauche man ein neues Portal, mit dem man parzellengenau konfigurieren könne. Im Sommer werde man es auch auf die Wärmeplanung ausdehnen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man das Thema am 25.05.2022 vertiefen werde.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke, 11
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 5. Änderung (Schönblick), Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 176/2021**

Protokoll:

s. TOP 6.

**zu 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 123 A
"Schönblick", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 068/2022**

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man einen hohen Bedarf an Pflegeplätzen habe.

Herr Scheuermann präsentiert den Sachverhalt.

Ortsvorsteher Weiß führt aus, dass die neue Heimbauverordnung, die am 01.09.2009 in Kraft getreten sei, eine große Herausforderung für alle Einrichtungen sei. Bis zum Jahr 2040 würden ca. 2.000 Pflegeplätze fehlen. Es sei ein Wirtschaftsunternehmen, er könne die Entscheidung daher nachvollziehen. Aus seiner Sicht könne man dem Projekt zustimmen. Es sei eines der wichtigsten Waldgebiete. Man habe das Klima negativ beeinflusst, man habe Entscheidungen getroffen bei Bauvorhaben, die dem Klima oder der Umwelt nicht genügen würden. Daher müsse man bei zukünftigen Entscheidungen mehr darauf achten, dass diese Dinge in den Vordergrund rücken. Aber auch andere Dinge dürfe man nicht aus den Augen verlieren, die Pflegeplätze würden dringend benötigt werden. Man wolle die Pflegeplätze auf keinen Fall verlieren, der Schönblick sei ein wichtiger Partner.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Es sei ein sensibles Projekt. Unter einem erhaltenswerten Wald stelle er sich etwas Anderes vor. Die Eichen würden erhalten bleiben. Wenn das Objekt umgesetzt werden sollte, müsse man auch den Baumschutz sicherstellen. Im Wald seien Sturmschäden vorhanden, es sei kein hochwertiger Wald. Es finde ein ökologischer Ausgleich mit hochwertigen Bepflanzungen statt. Rechnerisch sei es daher ein Gewinn. Durch den Bau dürfe es keine Verschlechterung geben. Die PV-Anlage müsse nicht zwingend auf dem Dach entstehen, Nachpflanzungen auf dem Gelände würden den ökologischen Wert steigern. Er wünsche sich ein Gebäude mit hohem ökologischen Standard. Man müsse unter allen Aspekten abwägen. Die CDU-Fraktion komme nach dieser Abwägung zur Erkenntnis, dass das Projekt umgesetzt werden solle.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man Ende März den einstimmigen Beschluss gefasst habe, einen Masterplan zur Erreichung der Klimaneutralität durch einen externen Dienstleister erstellen zu lassen. Sie begrüße das Vorhaben, habe aber Bedenken, was die Lage betreffe. Man solle den vorhandenen Wald sukzessive ertüchtigen und dem Schönblick bei der Suche nach einer geeigneten Fläche beistehen. Die Maßnahmen würden nicht ausreichen. Die Bebauung der Parkflächen in aufgeständerter Bauweise sei eine gute Alternative. Sie möchte wissen, wie es in Zukunft weitergehe und wann die nächste Flächenversiegelung komme. Die Fraktion sehe das Vorhaben nach wie vor kritisch.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man nach der Abwägung eine konkrete Entscheidung treffen müsse. Diese sei entweder für oder gegen die Pflegeplätze.

Herr Scheuermann führt aus, dass man sich mit dem Projekt über viele Jahre befasst habe. Entweder es gebe den Neubau oder der Schönblick werde diese Aufgabe nicht weiterverfolgen und dann der Kernaufgabe, dem Gästebetrieb, konzentriert zuwenden. Dies sei in den Gremien so besprochen. Der Ortschaftsrat sei dafür, im Gemeinderat sei der Bebauungsplan beschlossen worden. Es gebe jetzt entweder ein ja oder das Projekt werde nicht weiterverfolgt.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man nach dem Beschluss mit den Behörden gesprochen und Änderungen eingepflegt habe. Auf dieser Grundlage habe man

das grüne Licht bekommen. Es sei eine politische Entscheidung und eine Abwägungsfrage.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass es ein Ja oder ein Nein sei. Die Fraktion habe sich noch nicht endgültig entscheiden, aber es gebe sicher ein Für und ein Wider. Es gebe Punkte, die generell gegen Waldumwandlung sprechen. In diesem Fall sei ihm ein Pflegeheim lieber als einen unkontrollierbaren Wasserabfluss. Es bringe nichts, hier ausführlich noch zu diskutieren, es hätten viele Ingenieure und Fachbüros mitgewirkt. Man werde die Entscheidung nächste Woche treffen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE gibt eine separate Stellungnahme zu TOP 5 und TOP 6 ab.

Zu TOP 5 erkundigt er sich, warum es die fünfte Flächennutzungsplanänderung sei, aus seiner Sicht sei es bereits die 14. Dahinter verberge sich auch ein Gedanke. Vor über einem Jahr habe man einen Vorentwurf bekommen. Wenn eine Flächennutzungsplanänderung nach der anderen geschaffen werde, seien dies alles Vorgriffe für den neuen Flächennutzungsplan? Es erscheine ihm so, als ob der neue Flächennutzungsplan auf die lange Bank geschoben werde. Daher werde er grundsätzlich bei der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten keiner Änderung zustimmen, solange der neue Flächennutzungsplan nicht vorliege und deutlich werde, wo man verzichte.

Zu TOP 6 führt er aus, dass es mit einer Standortverlegung den Vorteil gebe, dass die Bewohner als Heimadresse nicht mehr die Adresse eines bekennenden Nationalsozialisten angeben müssten. Die Fraktion strebe hier seit langem eine Straßenumbenennung an. Das zuständige Ministerium gehe davon aus, dass es genügend Pflegeplätze geben würde, es gebe jedoch regionale Unterschiede. Man müsse sich die Frage stellen, ob man direkt am Wohnort einen Pflegeplatz benötige. Die Fraktion sehe den gegenwärtigen Standort kritisch. Er habe bereits bemängelt, dass die Ausnahmeregelungen für das Bestandsgebäude nicht ausgereizt worden seien. Bis 2034 seien diese Ausweichmöglichkeiten gegeben. Man hätte den Schwerpunkt auf Kurzzeitpflegeplätze legen können. Es gebe mit der Bebauung des Parkplatzes auch einen Alternativstandort. Dies würde zu einer Kostensteigerung führen. Die Wirtschaft siege dann über die Ökologie. Kurzfristig möge der Neubau wirtschaftlich und sozial sein. Aber wer die Klimafrage ernsthaft in den Blick nehme, der wisse, dass die Entscheidungen langfristig anders zu sehen seien. Er verstehe nicht, warum alternative Standorte nicht in Erwägung gezogen werden könnten. Tatsache ist und bleibe, dass Wald geopfert werde. Man könne sich auch um den Wald kümmern. Ein Einzelfall reihe sich an den anderen. Man mache Schritt für Schritt kaputt, was man der nächsten Generation bewahren solle. Der Waldkindergarten sei dort beherbergt, dieser lasse sich nicht versetzen. Die einzelnen Teile der Vorlage seien aus seiner Sicht nicht miteinander abgestimmt. Er zitiert Aussagen aus dem Umweltbericht. Wenn man eine Abwägung vornehme, dann müsse man dies auch benennen, dass dies der Preis sei. Der Ausgleich soll durch entsprechende Umbuchungen aus dem Ökopunkte-Konto erfolgen. Wie stehe es darum? Er hätte gern einen Einblick. Im Umweltbericht heiße es, dass das Pflegeheim keine landwirtschaftliche Fläche in Anspruch nehme. Dies sei nicht richtig. Man könne dem Bebauungsplan nicht zustimmen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen freut sich auf die Pflegeplätze.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass man eine umfangreiche Konzeption vorgestellt und auch eine Alternativprüfung vorgenommen habe. Herr Scheuermann habe es deutlich gesagt, dass er es an einer anderen Stelle das Projekt betriebswirtschaftlich nicht umsetzen könne. Dies sei eine klare Aussage. Die Gutachten würden die Maßnahme architektonisch positiv bewerten, positiv auch im Hinblick auf die Regenproblematik, Synergieeffekte würden dargestellt werden, außerdem eine gute öffentliche Anbindung. Es würden zahlreiche positive Aspekte dargestellt und dagegen der Wald. Er habe diesen drei Mal besichtigt. Er sei befremdet, da es kein hochwertiger Wald sei. Es sei ein Mischgebiet mit überwiegendem Nadelbaumanteil. Es werde zu einer Bereicherung führen. Höchstbedenklich finde er es in rechtlicher Hinsicht. Der Schönblick sei Eigentümer des Geländes. Der Eigentümer habe innerhalb des rechtlichen Rahmens Gestaltungsfreiheit. Dieser rechtliche Rahmen habe er durch die Einhaltung der Genehmigung erfüllt. Und nun würden Mitglieder des Gemeinderats dagegen stimmen. Rechtlich sehe er dieses Vorgehen für bedenklich. Die Fraktion wünsche der Stadt Schwäbisch Gmünd und dem Schönblick, dass das Vorhaben umgesetzt werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW spricht seine Anerkennung aus, mit wie viel Umsicht und Bedacht man am Projekt arbeite und alle Möglichkeiten in Betracht ziehe. Letztlich könne eine Abwägung zu einem Ergebnis führen, das befürwortet werde. Es gebe Eingriffe in die Natur, das sei bei Bauvorhaben so. Diese würden kompensiert, sogar überkompensiert werden. Es gebe einen hohen Bedarf an Pflegeplätzen. Es sei ein Leuchtturm für Schwäbisch Gmünd. Die Abwägung könne nur zugunsten des Projekt sein. Zur Aussage von Stadtrat Benk äußert er Fassungslosigkeit darüber, wie dieser über wirtschaftliche Belange hinweggehe. Er solle sich Gedanken mache, wo man ohne einen wirtschaftlichen Wettbewerb stehen würde.

Stadtrat Preiß/CDU betont, dass Herr Scheuermann die Mehrkosten, die durch die Verzögerung und die gestiegenen Baupreise entstehen würden, trage. Er erkundigt sich, ob sich das Projekt überhaupt noch rechne. Die Menschen könnten ihre Angehörigen zu Fuß besuchen und müssten nicht mit dem Auto fahren. Man müsse überlegen, was wichtiger sei: Mensch oder Natur. Für ihn sei es klar der Mensch.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE antwortet, dass es ein fundamentaler Irrtum sei, das Wohl von Mensch und Natur zu trennen. Wer den Menschen schützen wolle, müsse die Natur schützen und umgekehrt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass nicht ausgeblendet werden dürfe, dass in Zusammenhang mit der Bebauung auch weitere ökologische Flächen geschaffen werden, die es bisher nicht gebe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen ist erstaunt. Es sei ein Fraktionenbashing und das sei respektlos. Man habe bisher immer Respekt gehabt.

Abschließend appelliert Oberbürgermeister Arnold, dass Schwäbisch Gmünd Pflegeplätze brauche.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Scheuelbergschule Schwäbisch Gmünd Bargau**
Generalsanierung
Baubeschluss
Bezug: Gemeinderats-Drucksache 071/2021
Vorlage: 065/2022

Protokoll:

Herr Caesar stellt den Sacherhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, warum man den Wärmedurchgangskoeffizienten von 0,16 habe und nicht von 0,14, da es dann eine Fördermöglichkeit gebe.

Herr Bernd Arnold antwortet, dass dies so berechnet worden sei. Es sei eine Einzelmaßnahme, man hätte ansonsten auch die Heizung tauschen müssen. Man prüfe es jedoch nochmals.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 8 **Bau der LWL-Heranführung an das Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“ Hussenhofen im Rahmen der Breitbandförderung in Schwäbisch Gmünd**
Vorlage: 075/2022

Protokoll:

Herr Hoffmann stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Ortsvorsteher Heissenberger signalisiert Zustimmung des Ortschaftsrats. Er bittet um Prüfung, ob man auch die an der Trasse liegenden Anwohner mitberücksichtigen könne.

Herr Hofmann antwortet, dass man dies prüfen werde. Man habe einen häufigen Wechsel der Ansprechpartner und auch einen Wechsel beim Projektträger, daher sei die Kommunikation teilweise schwierig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd plant die LWL-Heranführung an das Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“ in Hussenhofen.

Der LWL-Heranführung an das Neubaugebiet „Teckstraße-Süd“ Hussenhofen mit Gesamtkosten in Höhe von 354.920,17 €. wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 9 Mozartschule Hussenhofen, Neugestaltung Außenanlagen
Vorlage: 028/2022

Protokoll:

Herr Bouillon stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold erkundigt sich nach Fördermöglichkeiten.

Herr Bouillon antwortet, dass es verschiedene Fördermöglichkeiten habe.

Ortsvorsteher Heissenberger äußert, dass der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt habe.

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass die Landebauordnung früher Überdachungen für Schüler vorgeschrieben habe, dies sei nun nicht mehr notwendig. Jedoch seien Überdachungen für Fahrräder nun vorgeschrieben.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet die Fahrradüberdachung sinnvoll, aber nicht zu Kosten der Schüler.

Herr Bouillon antwortet, dass man es prüfen werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Baubeschluss zur Neugestaltung der Außenanlagen bei der Mozartschule mit voraussichtlichen Bruttobaukosten in Höhe von 460.000 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Errichtung eines Amphitheaters am Scheffold-Gymnasium
Vorlage: 077/2022****Protokoll:**

Herr Bouillon stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Ortsvorsteher Tickert äußert, dass der Ortschaftsrat einstimmig zugestimmt habe. Es sei eine tolle Sache.

Stadtrat Schwab/SPD signalisiert volle Unterstützung.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach einem Nutzungskonzept, vor allem im Hinblick auf die Nutzung für Vereine.

Herr Bouillon antwortet, dass die öffentlichen Spielflächen nach Ende der Schulzeit auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen würden. Dies sei auch immer so ausgeschildert. Der Schulleiter wolle auch Musikstunden mit dem Musikverein Bettringen organisieren.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet die Anzahl der Sitzplätze im Vergleich zur Schüleranzahl zu gering. Er erkundigt sich nach den Folgekosten, beispielsweise für den Pflegeaufwand und wer diese trage.

Herr Bouillon antwortet, dass das Theater sehr einfach erweiterbar sei. Die Folgepflegekosten würden sich in Grenzen halten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Vergabe der Landschaftsbauarbeiten für die Herstellung eines Amphitheaters auf Nachmaß an die Firma Bau-Wolf aus Schwäbisch Gmünd, gemäß dem überarbeiteten Angebot vom 08.03.2022 in Höhe von 32.569,71 €.

2. Zur Umsetzung der Maßnahme wird bei der Investitionsnummer 2110 H51006 eine außerplanmäßige Ausgabe im Finanzhaushalt in Höhe von 35.000 € für das Jahr 2022 genehmigt.

Die Deckung erfolgt aus:

15.000,00 € Schulförderverein Scheffold-Gymnasium

5.000,00 € Spielplatzetat Investitionsnummer 5510E-0001 „Kinderspielplätze

Allgemeine Maßnahmen und Spielgeräte"

15.000,00 € 2110E-0003 Einrichtungsgegenstände Schulen

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67

nachrichtlich an Amt:

zu 11 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 12 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 13 Anfragen

zu 13.1 Sachstandsbericht VGW

Protokoll:

Stadtrat Geiger/CDU bittet um einen Sachstandsbericht von der VGW in der nächsten Sitzung, da viele Projekte ins Stocken geraten seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies mitnehmen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: VGW
nachrichtlich an Amt:

zu 13.2 Rechnungen Breitbandausbau

Protokoll:

Stadtrat Geiger/CDU führt aus, dass die Rechnungen zum Breitbandausbau in Rechberg teilweise fehlerhaft seien. Er bittet zur besseren Nachvollziehbarkeit darum, künftig die Abrechnungen der Baufirmen beizufügen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 13.3 Umleitungsbeschilderung Waldstetter Torbrücke

Protokoll:

Stadtrat Kaiser/CDU bittet um Überprüfung der Umleitungsbeschilderung zur Waldstetter Torbrücke, diese sei teilweise verwirrend, eventuell seien in der Nacht zum 1. Mai Schilder umgestellt worden. Außerdem bittet er um eine Umleitungsbeschilderung für Fahrradfahrer.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, 68
nachrichtlich an Amt:

zu 13.4 Ziersteine Grabenallee

Protokoll:

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bittet um einen Ersatz für die abhanden gekommenen Ziersteine in der Grabenallee. Außerdem bittet er um mehr Pflege.

Oberbürgermeister Arnold nimmt den Hinweis auf.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: